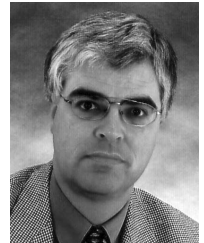


# Die neue amerikanische Tea Party

Zwischen Graswurzelprotestbewegung und etablierten konservativen Wegbereitern

*Franz-Josef Meiers*



Franz-Josef Meiers

„There are just some kind of men ... who're so busy worrying about the next world they've never learned to live in this one, and you can look down the street and see the results.“  
Harper Lee, *To Kill a Mockingbird*, New York 1982, S. 45

## **Zusammenfassung**

Wie setzt sich die neue politische Protestbewegung der Tea Party zusammen und wie gelang es ihr, zeitgleich zum Amtsantritt Präsident Barack Obamas eine so große Resonanz in der amerikanischen Öffentlichkeit zu erreichen.

## 1. Die Gegenrevolution der Tea Party

Mit der Amtseinführung Präsident Barack Obamas am 20. Januar 2009 machte eine Protestbewegung sehr schnell auf sich aufmerksam, die in Anspielung an die Boston Tea Party von 1776, als freiheitsgesinnte Patrioten gegen die britische Kolonialmacht rebellierten, in „Rettungsprogrammen, Almosen, rücksichtslosen Ausgaben und höheren Steuern“ den neuen großen Feind ausgemacht hatten, der die Existenz der amerikanischen Nation bedrohte.<sup>1</sup>

Auslöser für die neue populistische Bewegung war die heftige Kritik des CNBC-Wirtschaftsjournalisten Rick Santelli am 19. Februar 2009 zum Plan der Obama-Administration, einen weiteren Rettungsschirm für säumige private Hypothekenzahler zu errichten: „Dies ist Amerika! Wie viele von Ihnen wollen für die Hypothek ihres Nachbarn gerade stehen, dessen Haus ein zweites Bad hat, der aber seine Rechnungen nicht bezahlen kann?“ Wenn man die Gründungsväter wie Benjamin Franklin und Thomas Jefferson lesen würde, würden diese sich „im Grab umdrehen über das, was in diesem Lande abläuft.“ Er rief die Bürger dazu auf, nach dem historischen Vorbild eine „neue Tea Party“ zu gründen und für die Freiheit gegen eine übermächtige Regierung in Washington zu kämpfen.<sup>2</sup>

Seine Tirade verbreitet sich sehr schnell im Internet über konservative Webseiten wie dem *Drudge Report*. Santellis Anspielung auf die Boston Tea Party,

die zur Amerikanischen Revolution 1776 geführt hatte, mobilisierte Hunderttausende, die sich am 15. April 2009 an ungefähr 800 Tea Party-Protestdemonstrationen beteiligten, bei denen sie ihrer Unzufriedenheit über exzessive Staatsausgaben und eine in ihren Augen nicht da gewesene Expansion der Regierungsmacht lautstark Ausdruck verliehen. Auf Transparenten hielten sie das Motto der Bewegung hoch: „Trample nicht auf mir herum“ („*Don't tread on me*“) und „Schon genug besteuert“ („*Taxed Enough Already*“). Neben dem vom Kongress Anfang Februar 2009 verabschiedeten Konjunkturprogramm („*American Recovery and Reinvestment Act of 2009*“) im Umfang von knapp 800 Mrd. \$, das Tea Party-Anhänger verächtlich als *Porkulus* bezeichneten, war die Hauptzielscheibe ihres lautstarken Protests die umfassende Gesundheitsreform Präsident Obamas („*Affordable Care and Patient Protection Act*“). Für sie war das Reformvorhaben Ausdruck der zielgerichteten liberal-progressiven Politik des neuen Präsidenten, die die „tyrannische“ Macht des Staates in Form des Zwangs zur individuellen Krankenversicherung bundesweit über die Freiheit der Wahl des Einzelnen stellte.

Gesundheitsreform

Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen im Sommer 2009 zog die Tea Party die mediale Aufmerksamkeit auf sich und bestimmte entscheidend den Verlauf der stark polarisierenden öffentlichen Debatte über das Für und Wieder zu „*Obamacare*“. Nachdem zu Beginn des Jahres noch mehr als die Hälfte der Amerikaner das Reformvorhaben der neuen demokratischen Regierung unterstützt hatte, drehte sich mit den Protesten der Tea Party-Anhänger auf Diskussionsveranstaltungen mit Kongressabgeordneten im August 2009 das Stimmungsbarometer zugunsten der Kritiker. Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Amerikaner lehnte nun das Reformvorhaben ab und waren über seine haushaltspolitischen Konsequenzen tief beunruhigt (55 Prozent). Im Sog der öffentlichen Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform gingen die Zustimmungswerte für Präsident Obama von anfänglich 67 Prozent stetig zurück; sie lagen nach seinen ersten beiden Amtsjahren unterhalb der kritischen Schwelle von 50 Prozent.

Mit ihrem lautstarken Protest gegen das Reformvorhaben gelang es der Tea Party-Bewegung, sich auf der politischen Bühne Washingtons medienwirksam darzustellen. So gelang es ihr, bei den Vorwahlen der Republikaner eine Reihe ihrer Kandidatinnen und Kandidaten gegen das Parteiestablishment durchzusetzen sowie die republikanischen Amtsinhaber mit ihrem *Contract From America* auf die Sicherung „individueller Freiheit“, „einer begrenzten Regierung“ und „wirtschaftlicher Freiheit“ als Feuerwand gegen die progressiven Reformvorhaben Präsident Obamas festzulegen.

Contract From  
America

Bei den Zwischenwahlen Anfang November 2010 stieg die Republikanische Partei wie Phönix aus der Asche und erreichte ihr bestes Ergebnis seit 1946. Sie gewann im Abgeordnetenhaus 64 Sitze hinzu und eroberte mit 242:193 Sitzen wieder die Mehrheit, die sie 2006 verloren hatte. Im Senat eroberten die Republikaner sechs Sitze. Mit einer Mehrheit der Demokraten von nur noch 53 Sitzen rückte die für die Beendigung von Dauerreden („*Filibuster*“) prozedurale Mehrheit von 60 Stimmen („*cloture*“) in unerreichbare Ferne. Ermutigt durch ihren schnellen politischen Wiederaufstieg setzten die Republikaner ihre Obstruktionspolitik gegenüber der Obama-Administration („*deny, delay, do-nothing*“) mit

deny, delay, do-  
nothing

dem erklärten Ziel fort, dem demokratischen Präsidenten eine zweite Amtszeit zu verwehren. In den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stellten sie die drastische Reduzierung des Haushaltsdefizits. Ihre Entschlossenheit, bei der gesetzlich erforderlichen Zustimmung des Kongresses zur Anhebung der Gesamtverschuldung des Bundeshaushaltes von 14,3 Billionen \$ um bis zu 2,5 Billionen \$ auch einen Staatsbankrott billigend in Kauf zu nehmen, zwang Präsident Obama, mit den Republikanern einen „legislativen Kompromiss aus Notwendigkeit“ einzugehen, um eine Zahlungsunfähigkeit der USA mit ihren folgeschweren Konsequenzen für die ohnehin angeschlagene amerikanische Wirtschaft mit mehr als 9 Prozent Arbeitslosen und den amerikanischen Finanz- und Bankenbereich Anfang August 2011 abzuwenden. Zur Bestürzung der demokratischen Anhänger trug der in letzter Minute ausgehandelte Kompromiss die klare Handschrift der Republikaner: er sieht drastische Haushaltseinsparungen von bis 2,1 Mrd. \$ in den nächsten zehn Jahren ohne Steuererhöhungen für die Besserverdienenden vor, die vor allem die Tea Party-Republikaner im Abgeordnetenhaus kategorisch ausgeschlossen hatten.

Im Folgenden soll die neue politische Protestbewegung der Tea Party in Bezug auf ihre Zusammensetzung dargestellt und die Frage geklärt werden, wie es ihr gelang, mit ihrem lautstarken Protest zeitgleich zum Amtsantritt Präsident Barack Obamas auf eine so große Resonanz in der Öffentlichkeit zu stoßen, die Demokraten bei zentralen nationalen Fragen wie der Gesundheitsreform und der Verminderung des Haushaltsdefizits in die Defensive zu drängen und zum Schlüssel für den Erfolg der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2010 zu werden.

## 2. Wer ist die Tea Party?

Verschiedene Meinungsumfragen<sup>3</sup> ergeben folgende Eigenschaften, die für alle Tea Party-Anhänger kennzeichnend sind: sie umfassen 18 Prozent der amerikanischen Wähler, sind überwiegend weiß (79 Prozent), männlich (61 Prozent), älter als 45 Jahre (75 Prozent) und konservativer (78 Prozent) als der Durchschnitt der Bevölkerung. Auch wenn sich Tea Party-Anhänger überwiegend als (sehr) konservativ sehen, sind Tea Party-Gruppen nicht Teil der Republikanischen Partei.

Das zweite markante Kennzeichen der Tea Party-Graswurzelbewegung ist ihre dezentrale Organisation ohne klare Führung und nationale Strukturen. Es gibt keine Tea Party. Der Name ist ein Dachverband, der verschiedene Gruppen von Befürwortern individueller Handlungs- und Gedankenfreiheit wie Ron Paul, konservativen Interessengruppen wie *FreedomWorks* und *Americans for Prosperity* bis hin zu religiösen Konservativen, den Evangelikalanern, umfasst. Eine Untersuchung der *Washington Post*<sup>4</sup> fand heraus, dass die Tea Party weniger eine einheitliche Bewegung als ein disparater Zusammenschluss unterschiedlicher Gruppen ist, die sich bisher wenig im politischen Prozess engagiert haben. Die Untersuchung macht mehr als 1.400 Tea Party-Gruppierungen aus, von denen etwa 650 aktiv sind. Die meisten Gruppen bestehen aus nicht mehr als 15 An-

dezentrale  
Organisation

FreedomWorks

Americans for  
Prosperity

hängern, 16 Gruppen zählen mehr als 500 Mitglieder. Ihre bewusst ungebundene autonome Organisationsstruktur gibt den Tea Party-Anhängern die Möglichkeit, sich über das Internet, hier vor allem über die Webseite *MeetUp*, und die neuen sozialen Medien wie *Facebook* mit anderen lokalen Gruppen auszutauschen und auf Tea Party-Veranstaltungen im Lande aufmerksam zu machen. Die lockere Organisationsstruktur hat jedoch den Nachteil, dass die Tea Party-Bewegung über keine einheitliche nationale Struktur und die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügt, ihre Ansichten in öffentlichkeitswirksame Aktionen landesweit umsetzen zu können.

Internet

Um zu verstehen, wie diese fragmentierte, führungslose Protestbewegung eine solch große Wirkung im öffentlichen Diskurs über die Reformen der neuen demokratischen Administration erreichen konnte, kommt ein Netzwerk gut finanzierter, national operierender konservativer Interessengruppen in den Blick, die die Tea Party-Marke öffentlichkeitswirksam vermarkten. Bei den nationalen Großveranstaltungen vom *Tax Day* am 15. April 2009 bis hin zum Marsch auf Washington am 12. September 2009 mit einer Viertelmillion Teilnehmern springen zwei Interessenorganisationen ins Auge: der *Tea Party Express* (TPE) und die *Tea Party Patriots* (TPP). Der TPE ist ein Projekt des von der Republikanischen Partei geleiteten Politischen Aktionskomitees „*Our Country Deserves Better*“, das konservative Kandidaten im Lande wie Scott Brown in Massachusetts erfolgreich unterstützte. Darüber hinaus führte es verschiedene Aktivitäten wie Bustouren durch, die mit größeren nationalen Tea Party-Veranstaltungen zusammenfielen. Die TPP nennen sich „*Official Home of the Tea Party Movement*“. Die etwa 1.000 TPP-Mitgliedergruppen richten ihre Aktivitäten an denen der lokalen Tea Party-Gruppen aus. Über ihre Webseiten informieren sie sich gegenseitig über ihre Aktivitäten. TPP ist eng mit *FreedomWorks* verbunden, einem finanzstarken Politischen Aktionskomitee unter Führung des ehemaligen republikanischen Mehrheitsführers im Abgeordnetenhaus Dick Armey (Republikaner, Texas). Weiter zählen zu diesen national operierenden Gruppen *Americans for Prosperity*, *Americans for Tax Reform* und die *National Tax Payers Union*. Diese konservativen Interessengruppen teilen eine freie Markt-Orthodoxie, für die staatliche Ausgabenprogramme, immer höhere Haushaltsdefizite einhergehend mit steigenden Steuern für Bürger und Unternehmen („*job creators*“) ein rotes Tuch sind.

Tea Party Express

Tea Party Patriots

Americans for Prosperity

Americans for Tax Reform

National Tax Payers Union

Finanziert werden diese national operierenden Interessengruppen durch konservative Wirtschaftseliten, deren Interesse ausschließlich darauf gerichtet ist, die Unternehmen und die amerikanischen Bürger weiter steuerlich zu entlasten, das Haushaltsdefizit durch drakonische Einschnitte bei den Leistungsprogrammen zu beseitigen und die Wirtschaft von staatlicher Überwachung und Regulierung zu befreien. Hier sind es vor allem die Brüder David H. und Charles G. Koch, die verschiedene nationale Interessengruppen wie *FreedomWorks* oder *Americans for Prosperity* finanziell tatkräftig unterstützen.<sup>5</sup>

Eine weitere wichtige Schnittstelle zwischen der Graswurzelbewegung und den nationalen Aktivitäten der Tea Party-Bewegung ist der konservative Fernsehsender *Fox News TV*. Aufgrund ihrer tiefen Abneigung gegen die nach ihrer Meinung zu liberalen etablierten Medien informieren sich Tea Party-Anhänger primär über *Fox-TV*-Fernsehsender (67 Prozent), wo ihnen Kommentatoren wie

Fox News TV

Glenn Beck oder Sean Hannity die ideologische Einordnung und Bewertung aktueller tagespolitischer Themen geben. Darüber hinaus hat *Fox TV News* den Tea Party-Aktivitäten einen überproportional großen Raum in seiner Berichterstattung eingeräumt. Dem konservativen Fernsehsender ist es gelungen, über seine Berichterstattung nicht nur Tea Party-Anhänger für landesweite Veranstaltungen zu mobilisieren sondern im Sinne einer klassischen Fürsprecherorganisation den locker miteinander verbundenen Tea Party-Gruppen eine politische Identität zu geben.<sup>6</sup>

### 3. Zukunfts- und Umverteilungsängste: Die Tea Party-Graswurzelbewegung

Die Tea Party-Bewegung vertritt eine Lebensanschauung, die historisch tiefe Wurzeln in der amerikanischen Gesellschaft, vor allem in ländlichen Regionen hat. Das oberste Prinzip dieser „*Jacksonian-Tradition*“<sup>7</sup> ist die Eigenverantwortlichkeit des Individuums. Amerikaner mögen die helfende Hand von Freunden und der Familie in Notsituationen in Anspruch nehmen, aber sie sichern ihren Platz in der Gesellschaft durch ehrenhafte Arbeit. Die, die nicht arbeiten, sind arm. Diese Randgruppe verdient sich nicht ihren Platz in der Gemeinschaft sondern bereichert sich an den Früchten ehrenhafter Arbeit anderer. Damit verstoßen sie gegen das oberste Prinzip der „*Jacksonian-Tradition*“, sich nicht von staatlicher Unterstützung abhängig zu machen. Die Aufgabe der Regierung beschränke sich darauf, den hart erarbeiteten Lebensstandard der „Volksgemeinschaft“ („*folk community*“) zu sichern. Trotz ihrer tiefen Vorbehalte gegenüber allem, was aus Washington kommt, befürworten sie Bundesprogramme, die von der Mittelklasse finanziert werden und ihr zugute kommen: die finanzielle Absicherung nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben („*social security*“) und die Absicherung gegen Krankheit im Alter („*Medicare*“).<sup>8</sup>

Jacksonian-Tradition

social security

Medicare

Die Tea Party-Anhänger fühlen sich durch Arbeitslosigkeit, steigende Kosten vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich und den dramatischen Einbruch ihrer finanziellen Vermögenswerte zur Altersabsicherung infolge der Finanzkrise 2008 verwundbar. In einer Situation, in der ihr Amerikanischer Traum und der ihrer Kinder zu zerplatzen droht, nimmt nach ihrer Auffassung der Staat seine Hauptaufgabe immer unzulänglicher wahr, den verdienten Lebensstandard der Mittelklasse zu sichern. Stattdessen macht sich bei ihnen das Gefühl breit, dass ihnen nicht mehr das, was sie sich durch harte Arbeit verdient haben, gegeben, sondern durch höhere Abgaben und Leistungskürzungen unverdientermaßen genommen wird. Sie befürchten, dass mit staatlichen Hilfsleistungen die Fleißigen und hart Arbeitenden bestraft und die, die nicht arbeiten, für ihr unproduktives Verhalten mit „Almosen“ („*handouts*“) belohnt würden. „Jeder Drogenabhängige bekommt einen Scheck. Wir schreiben diese Schecks.“<sup>9</sup> In der Kritik einer Tea Party-Anhängerin kommt die massive Kritik an der staatlichen Umverteilungspolitik zugunsten der Unterschicht zum Ausdruck, gegen die sich die Wut der Graswurzelbewegung richtet.

too big to fail

Die Zielscheibe der Tea Party-Revolte sind die mit ihren Steuern finanzierten staatlichen Rettungsschirme für das angeschlagene Finanz- und Bankensystem, die Automobilindustrie oder die Immobilienbranche. Mit staatlichen Hilfeleistungen würden, so ihr Kernvorwurf, schlechte Entscheidungen von Banken, Unternehmen und Bürgern belohnt, während verantwortungsbewusste Bürger für das äußerst unverantwortliche Verhalten anderer zu Kasse gebeten würden. Diesen würden aber keine kostspieligen Rettungsringe hinterher geworfen, wenn sie finanziell in Not gerieten, weil sie nicht wie Banken eine strategische Größe („*too big to fail*“) darstellten.

Entgegen der Erwartung, dass sich ihre Wut reflexartig gegen „*big government*“ richtet, unterstützen Tea Party-Anhänger staatliche Leistungsprogramme, in die sie über Jahrzehnte eingezahlt haben und von denen sie im Alter verdienstermaßen profitieren wollen. Die Trennlinie für sie ist die Frage, ob sich Empfänger staatliche Leistungen durch harte Arbeit verdient haben oder als Trittbrettfahrer unverdienstermaßen in deren Genuss kommen.<sup>10</sup> Tea Party-Anhänger sind jene Leistungsprogramme ein Dorn im Auge, mit denen unter dem Vorwand, die Armen zu unterstützen, der verdiente Wohlstand der Mittelklasse durch Almosen an die Unterklasse umverteilt werde. Ihr Unmut über dieses Nullsummenspiel zu ihren Lasten richtet sich vor allem gegen zwei Reformvorhaben der Obama-Administration: die Gesundheitsreform und die Legalisierung illegaler Einwanderung, die der Unterschicht, hier vor allem ethnischen Minoritäten zu Gute kämen.

Gesundheitsreform

Ein erklärtes Ziel der Gesundheitsreform Präsident Obamas war, mehr als 30 Millionen bisher nicht versicherter Amerikaner in den Schutz einer Krankenversicherung zu bringen. Die mit der Ausweitung des Krankenversicherungssystems auf die Unterschicht verursachten finanziellen Belastungen für das Gesundheitssystem müssten die Versicherten in Form immer höherer Beiträge und immer weiter eingeschränkter medizinischer Leistungen tragen. In der Ausweitung des Versicherungskreises sehen Tea Party-Anhänger eine staatliche Umverteilung von der Mittel- zur Unterschicht. Aufgabe des Staates sei es nicht, Steuern von Bürgern einzuziehen, um damit die Gesundheit anderer zu finanzieren, die dazu nicht in der Lage seien. Statt den weniger Glücklichen, sprich den Armen, tatsächlich zu helfen, ihrem selbstverschuldeten Schicksal zu entkommen, würden sie von staatlichen Almosen abhängig gemacht und damit zu weiterem unproduktiven Verhalten zu Lasten der erwerbstätigen Bevölkerung ermutigt.

Einwanderungsfrage

80 Prozent der Tea Party-Anhänger sehen die Einwanderungsfrage von Latinos als sehr ernstes Problem. Sie befürchten, dass diese durch eine Legalisierung ihres Aufenthaltes in den USA wie die Afro-Amerikaner die staatlichen Sozialleistungen vom Gesundheits- bis zum Bildungssystem unberechtigtweise in Anspruch nehmen könnten. Die Mehrbelastungen müsste die hart arbeitende Mittelklasse zahlen. Darüber hinaus befürchten Tea Party-Anhänger die elektoralen Auswirkungen einer Legalisierung des Status illegal Eingewanderter. Mit diesen Wahlgeschenken verfolgten die Liberalen um Präsident Obama das Ziel, die Zusammensetzung der Wählerschaft zugunsten des Nicht-Weißen-Anteils auszubauen, um sich so langfristig elektorale Mehrheiten zu sichern und damit die Möglichkeit, ihre revolutionären Vor-

stellungen einer Umverteilung von der Mittelklasse zu denen, die nicht arbeiten, umzusetzen.

Aus ihrer Ablehnung der illegalen Einwanderung ziehen Tea Party-Anhänger den Schluss, den Latinos die illegale Einwanderung durch einen massiven Ausbau der Grenze der USA zu Mexiko zu verwehren. Wie bei der Sicherung der sozialen Leistungsprogramme übernimmt auch hier der Staat eine zentrale Aufgabe, Vorsorge zu treffen, die Grenze zu Mexiko so „dicht zu machen, dass keine Klapperschlange durchkommen kann.“<sup>11</sup> Sie lehnen es strikt ab, den Status der illegal eingewanderten Latinos nachträglich zu legalisieren oder ihnen Zugang zu staatlichen Leistungen wie im Bildungs- und Sozialversicherungssystem zu gewähren. Stattdessen sollen durch eine Ausweitung polizeilicher Befugnisse – dem Beispiel vor allem des Bundesstaates Arizona (Senate Bill 1070) folgend – die illegal eingewanderten Latinos von der Polizei aufgespürt und in ihre Heimatländer zurückgebracht werden.

Die Auffassungen der Tea Party-Anhänger fallen mit lange bestehenden und wissenschaftlich nachgewiesenen Korrelationen zwischen Ablehnung staatlicher Leistungsprogramme und rassistischen Stereotypen überein. Wirtschaftliches Versagen wird zurückgeführt auf mangelndes Bemühen. Wirtschaftliche Probleme vor allem der Afro-Amerikaner werden gleichgesetzt mit deren Faulheit. Tea Party-Anhänger unterstellen, dass nur eine Minderheit der Afro-Amerikaner (35 Prozent) hart arbeitet. Hingegen würde die übergroße Mehrheit als Trittbrettfahrer soziale Leistungen beanspruchen, ohne dafür eine Gegenleistung erbracht zu haben. Während 38 Prozent der Amerikaner glauben, dass staatliche Wohlfahrtsprogramme Arme dazu ermutigen, arm zu bleiben, vertreten fast doppelt so viele Tea Party-Anhänger (73 Prozent) diese Auffassung.

Den Tea Party-Anhängern geht es nicht grundsätzlich darum, Afro-Amerikaner aufgrund ihrer Hautfarbe Sozialleistungen vorzuenthalten. Auf diese hätten sie den gleichen Anspruch wie jeder andere Amerikaner, der sie sich durch harte Arbeit verdient habe. Sie sind überzeugt, dass die mehrheitlich schwarze Unterschicht nicht Gefangener von Kräften sei, die außerhalb ihrer Kontrolle lägen. Wenn Afro-Amerikaner es ernsthafter versuchten, könnte es ihnen genauso gut gehen wie den Weißen. Die weniger Glücklichen hätten es in ihrer Hand, die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zu nutzen, die ihnen der Staat durch zahlreiche Unterstützungsprogramme biete. Im Umkehrschluss heißt dies, wer arm ist, hat sich dies selbst zuzuschreiben. Wer es vorzieht, faul und unproduktiv zu bleiben, hat keine Sozialhilfe verdient.

#### 4. Zurück zur Vergangenheit: die konservativen Wegbereiter der Tea Party

Die national operierenden konservativen Wegbereiter („enablers“) der neuen Tea Party sehen sich als „Gegenrevolution“ zur „Revolution“ der liberalen Obama-Administration, die nach der *New Deal*-Gesetzgebung Ende der 30er Jahre und dem *Great Society*-Programm Mitte der 60er Jahre im Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 einen dritten Versuch unternahme, mit einer

progressiv-liberalen Reformagenda den Vormarsch des Staates in das Leben der amerikanischen Bürger zu beschleunigen. Ihr oberster Glaubensgrundsatz ist eine Rückkehr zur heiligen und zeitlosen Schrift, der amerikanischen Verfassung, so wie sie sie verstehen. Mit dem neuen Konstitutionalismus sollen sich die USA auf die Gründungsprinzipien zurückbesinnen, die sie zu einer großen Nation gemacht haben: die Freiheit des Individuums, persönliche Verantwortung sowie die Handlungs- und Entscheidungsautonomie der Bundesstaaten. Der Schutz einer repräsentativen Demokratie ist für sie gleichbedeutend mit einer Begrenzung der in der Verfassung explizit aufgezählten Rechte der Zentralregierung (10. Verfassungszusatz), einer restriktiven Interpretation der zwischenstaatlichen Handelsklausel („*interstate commerce clause*“), die mit der Rechtsprechung des Obersten Gerichts seit der zweiten Hälfte des Jahres 1937 zum Einfallstor für eine bundeseinheitliche Sozial- und Wirtschaftspolitik geworden war, und einem drastischen Abbau der ausufernden Haushaltsdefizite als der unausweichlichen Konsequenz des tyrannischen Machtanspruchs Washingtons, alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbereiche der Bürger zu regeln und zu kontrollieren.

Für die konservativen Wegbereiter ist die Frage von „*big government*“ eine entscheidende ideologische Frage von Freiheit oder Sozialismus. Sie hegen eine grundsätzliche Aversion gegen Staatstätigkeit. Sie teilen die Überzeugung, dass die Bundesregierung nicht viel Gutes tun kann, in der Regel mache sie das Leben aller schlechter und bedrohe mit ihren Fangarmen die Freiheit der Amerikaner. Je mehr Macht und Geld die Regierung in Washington an sich reiße, desto mehr würden die Bürger und die Bundesstaaten ihrer in der Verfassung verbrieften Freiheitsrechte beraubt und damit entmächtigt. In diesem „neuen Kulturkrieg“<sup>12</sup> stehe Amerika vor einem entscheidenden historischen Augenblick: kehrt das Land auf den von den Gründungsvätern vorgegebenen Weg der Freiheit des Einzelnen und seines Strebens nach Glück zurück, oder werden die USA in ein sozialistisches System wie in Europa verwandelt.

Für Republikaner wie den Gouverneur von Texas, Rick Perry, war die *New Deal*-Gesetzgebung das Einfallstor für die Allmacht Washingtons. Die Progressive Bewegung sei Auslöser des „Niedergangs unserer Verfassung“ gewesen. Mit ihrer staatsinterventionistischen Politik hätte sie die Grundlagen, auf denen Amerikas Größe und Außergewöhnlichkeit beruhten, untergraben: „Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, Fleiß und eine Passion für die Freiheit“. Nun müsse eine nationale Diskussion über Washingtons fortgesetzte Neigung beginnen, Geld auszugeben, das es nicht habe, und Reformprogramme zu beschließen, die die Bürger nicht bräuchten. Im Mittelpunkt steht das Credo, „Amerika vor Washington zu retten“, den Staat im Leben der amerikanischen Bürger wieder „bedeutungslos“ zu machen.<sup>13</sup>

Die konservativen Wegbereiter der Tea Party-Bewegung sehen Politik als Verschwörung und manichäischen Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit. Ihre Heilsformel lautet: Der Leviathan kann nur in seine Schranken verwiesen werden, wenn die Steuern drastisch gesenkt, das ausufernde Haushaltsdefizit durch ein „*Balanced Budget Amendment*“ beseitigt und die staatlichen Leistungsprogramme beschnitten bzw. dem freien Spiel des Marktes wieder überlassen werden. Nur durch kreative Zerstörung staatlicher Tätigkeit könnten die



Freiheit des Einzelnen und individuelle Eigenverantwortlichkeit wieder zur Triebfeder von Fortschritt und Wohlstand werden, auf denen Größe und Macht des Landes beruhen. Politik ist für sie nicht die Kunst des Möglichen, durch Kompromisse Gesetze zu verabschieden. Ihnen geht es ausschließlich darum, klare politische Kontraste für die nächsten Wahlen zu schaffen. Sie sind überzeugt, dass wenn sie ihren ideologischen Glaubensgrundsätzen treu bleiben, das Land nicht nur zu den befreienden Grundsätzen der Gründungsväter zurückkehren werde sondern auch die Republikaner einen vollständigen und dauerhaften Sieg über die Feinde der Freiheit davon tragen würden.

## 5. Das Tea Party-Paradox

Die Tea Party-Bewegung ist eine neue Variante konservativer Mobilisierung für die Republikanische Partei. Ihr haben es die von den Wählern 2008 abgestraften Republikaner zu verdanken, ein unverhofft schnelles politisches Comeback zu feiern. Der lautstarken Tea Party-„Gegenrevolution“ gelang es, die politisch ausgezehnten Republikaner zu revitalisieren, den konservativen Aktivismus gegen die progressive Reformagenda der Obama-Administration, insbesondere die Gesundheitsreform zu mobilisieren, den Demokraten bei den Zwischenwahlen 2010 den politischen Wind aus den Segeln zu nehmen, der sie bei den Wahlen 2006 und 2008 noch kräftig vorangebracht hatte, und Präsident Obama im Streit um die Erhöhung der Gesamtverschuldung in die Defensive zu drängen.

Der neue Sprecher des Abgeordnetenhauses John A. Boehner (Republikaner, Ohio begrüßte die neuen 71 republikanischen Abgeordneten: „Ich denke, es wird unsere Demokratie beleben und wirklich gut für unser Land sein.“ Der demokratische Senator John Kerry (Demokrat, Massachusetts) hingegen kritisierten die Republikaner als „Tea Party-Niedergang“. Die unterschiedlichen Bewertungen über die Tea Party-Republikaner legen eines der beiden Paradoxe der Tea Party-Revolution offen: Es gibt keine einheitliche Tea Party. Auf der lokalen Ebene ist die Tea Party eine unorganisierte Graswurzelbewegung, die von straff organisierten und gut finanzierten konservativen Interessengruppen auf der nationalen Ebene unterstützt wird. Geschickt haben es die konservativen Wegbereiter verstanden, die Tea Party-Revolution zur Änderung des angeschlagenen Images der Republikanischen Partei zu nutzen und für ihre ideologischen Zielvorstellungen im Sinne einer „Gegenrevolution“ gegen die liberale Reformpolitik Präsident Obamas öffentlichkeitswirksam zu vermarkten.

Graswurzel-  
bewegung

Bei der Unterscheidung zwischen der Tea Party als Graswurzelbewegung und ihren konservativen Wegbereitern offenbart sich das zweite Paradox. Beide teilen den Widerstand gegen ausufernden Sozialprogramme des Bundes, insbesondere die Gesundheitsreform, staatliche Verschwendungssucht, die sich im stetig steigenden Defizit im Bundeshaushalt manifestiert, und der zu hohen Besteuerung der amerikanischen Bürger und Unternehmen. Aus dem für sie bedrückenden Zustand ziehen beide den Schluss, dass sich etwas Grundlegendes ändern müsse. Die Frage aber, was sich konkret ändern muss, legt den grundle-

historischer  
Fundamentalismus

genden Unterschied zwischen beiden offen. Während die Tea Party-Anhänger aufgrund von Umverteilungsängsten von der Mittel- zur Unterschicht bestimmte Aspekte staatlicher Ausgabenprogramme strikt ablehnen, von denen die nicht arbeitende zulasten der arbeitenden Bevölkerung profitiere, sehen sich die konservativen Wegbereiter in einem „Kulturkrieg“ gegen „*big government*“ per se. Ihr historischer Fundamentalismus und ihre Freie-Markt-Orthodoxie laufen auf ein Zurück-in-die-Zukunft-Vision hinaus, die Rolle des modernen Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaates durch kreative Zerstörung auf die eines Nachtwächters wie vor der *New Deal*-Gesetzgebung zurückzuführen. Je bedeutungsloser der Staat für die Bürger werde, desto ungehinderter könnten sie nach ihrem individuellen Glück streben. Hinter ihrem historischen Fundamentalismus steht eine „Nostalgie“ nach den guten alten Zeiten, die weniger durch soziale Konflikte heimgesucht, weniger durch Zweideutigkeit durchlöchert und weniger durch Rasse getrennt waren.

checks and balances

Vor allem der ideologische Dogmatismus der konservativen Wegbereiter wirft für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des politischen Systems der USA zwei gravierende Probleme auf. Mit dem Einzug von 71 neu gewählten republikanischen Abgeordneten in den Kongress im Januar 2011 verschob sich das ideologische Gravitationszentrum der Republikanischen Partei noch weiter nach rechts. Die Verschiebung an das äußere rechte Spektrum verstärkte die Obstruktionspolitik der Republikaner gegenüber dem Weißen Haus. Der dogmatisch-fundamentalistische Tea Party-Flügel in der Republikanischen Partei nahm – wie die Auseinandersetzung um die Erhöhung der Gesamtverschuldungsgrenze im Sommer 2011 gezeigt hat – einen Systembruch billigend in Kauf. Das amerikanische Regierungssystem, das auf einer Gewaltenverschränkung („*checks and balances*“) zwischen Exekutive und Legislative angelegt ist, funktioniert nur, wenn beide Seiten den Kompromiss suchen und zur Zusammenarbeit bereit sind. Der Tea Party-Flügel in der Republikanischen Partei vertritt jedoch nicht den Kompromiss, sondern das Kompromisslose: keine Steuererhöhungen und drastischer Abbau des Defizits im Bundeshaushalt durch eine rigorose Beschneidung staatlicher Ausgabenprogramme. Der Tea Party-Flügel in der Republikanischen Partei verschärft die ideologische Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, die es immer schwerer macht, arbeitsfähige Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses für einen funktionstüchtigen Gesetzgebungsprozess zu schaffen. Das Ergebnis dieser parteilichen Polarisierung ist ein völliger Stillstand („*gridlock*“).

Die Unfähigkeit dieses „zerbrochenen“ Systems, Lösungen für die grundlegenden Probleme zu finden, denen sich die vor allem die Mittelklasse-Amerikaner mit einem stetigen Absinken ihrer Einkommen, dem dramatischen Verfall ihrer Vermögenswerte, explodierenden Kosten im Bildungssystem, immer höheren Energiepreisen bis hin zu einer dramatisch angestiegenen Arbeitslosigkeit gegenübersehen, vertieft in der Öffentlichkeit den Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit von Exekutive und Legislative. Parallel zur sich verschärfenden parteilichen Polarisierung nahm die Zahl derjenigen, die sehr unzufrieden sind mit der Art, wie das Land regiert wird, in den letzten zehn Jahren von 39 Prozent auf 81 Prozent zu. Mit der großen Unzufriedenheit über die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Regierungssystems nehmen Zynismus und

Widerstand in breiten Teilen der Bevölkerung gegen die politisch Verantwortlichen in Washington, D.C., immer weiter zu.

Der Alles-oder-Nichts-Regierungsansatz der konservativen Wegbereiter verschärft nicht nur die dysfunktionale Natur des modernen politischen Systems der USA. Die Republikaner laufen Gefahr, von der Öffentlichkeit als eine Partei wahrgenommen zu werden, die zu Problemen von Steuern, Gesundheit, Renten bis hin zur Einwanderung Positionen vertritt, die die sehr konservative Wählerschaft ansprechen, nicht aber die politische Mitte. Der nächste republikanische Präsidentschaftskandidat könnte 2012 vor der gleichen Situation stehen wie Barry Goldwater 1964 und George McGovern 1972: die ideologischen Extreme links und rechts sind nicht mehrheitsfähig.

Gefahren für die  
Republikaner

Als nicht minder problematisch für die Republikanische Partei erweisen sich die migrationsfeindlichen Forderungen der Tea Party-Anhänger. Sie sieht sich einer ungünstigen demografischen Entwicklung in traditionell republikanisch wählenden Bundesstaaten wie Colorado, North Carolina und Virginia gegenüber, wo der wachsende Wähleranteil der Latinos die radikale Tea Party-Haltung in der Einwanderungsfrage nicht teilt. Mit einer unnachgiebigen Haltung in der Einwanderungsfrage droht der Republikanischen Partei, die Latinos als eine immer größer werdende Wählergruppe dauerhaft an die Demokraten zu verlieren.

Schließlich könnte sich die Nostalgie der konservativen Wegbereiter für einen historischen Fundamentalismus und eine Freie Markt-Orthodoxie als problematisch gegenüber den Tea Party-Anhängern erweisen, die den Wohlfahrtsstaat nicht per se beseitigen wollen. Wenn Republikaner wie Senator Randal Howard Paul (Republikaner, Kentucky) drastische Einschnitte im Gesundheitssystem für ältere Amerikaner (*Medicaid*) durch eine Überführung ihrer staatlichen in private Krankenversicherungen befürworten und höhere Beitragssätze nur im begrenztem Umfang durch staatliche Gutscheine ausgleichen wollen, laufen sie Gefahr, wie bei Nachwahlen Ende Mai 2011 einen republikanischen Stammwahlkreis im Bundesstaat New York mit einem hohen Anteil von Rentnern und Pensionären an die Demokraten zu verlieren. Die Republikaner stehen vor der Gratwanderung, den amerikanischen Wählern eine positive Vision anzubieten, wie sie mit einer Rückeroberung des Weißen Hauses und des Kongresses das Leben der Bürger tatsächlich verbessern werden, ohne die Grundlagen des modernen Wohlfahrtsstaates durch kreative Zerstörung zu beseitigen.<sup>14</sup>

## Anmerkungen

- 1 O'Hara, A New American Tea Party. The Counterrevolution Against Bailouts, Handouts, Reckless Spending, and More Taxes, Hoboken, NJ, 2010, S. XXVI, 4, 204.
- 2 Rick Santelli, Squawk Box, CNBC, New York, 19. Februar 2009 [<http://video.cnbc.com/gallery/?video=1039849853>].
- 3 Kate Zernike und Megan Thee-Brenan, Poll Finds Tea Party Backers Wealthier and More Educated, New York Times, 14. April 2010.
- 4 Amy Gardner, Gauging the Scope of the Tea Party Movement in America, Washington Post, 24. Oktober 2010.

- 5 Jane Mayer, Covert Operations. The billionaire brothers who are waging a war against Obama, *New Yorker*, 30. August 2010 [[http://www.newyorker.com/reporting/2010/08/30/100830fa\\_fact\\_mayer](http://www.newyorker.com/reporting/2010/08/30/100830fa_fact_mayer)].
- 6 Vanessa Williamson, Theda Skocpol, and John Coggin, The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism, *Perspectives on Politics*, 9 (März 2011) 1, S. 25-43 (29f.).
- 7 Walter Russell Mead, The Tea Party and American Foreign Policy: What Populism Means for Globalism, *Foreign Affairs*, 90 (März 2011) 2, S. 25-44 (25f.).
- 8 Walter Russell Mead, The Jacksonian tradition and American foreign policy, *The National Interest* (Winter 1999-2000) 58, S. 5-29 [<http://www.denbeste.nu/external/Mead01.html>].
- 9 Jill Lepore, *The Whites of their Eyes. The Tea Party's Revolution and the Battle over American History*, Princeton, NJ, 2010, S. 100.
- 10 Vanessa Williamson, Theda Skocpol, und John Coggin, *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*, S. 32-35.
- 11 Jill Lepore, *The Whites of their Eyes*, S. 135f.
- 12 Arthur C. Brooks, America's new culture war: Free enterprise vs. government control, *Washington Post*, 23. Mai 2010.
- 13 Andrew Romano, Rick Perry on the Record, *The Daily Beast*, 12. August 2011 [<http://www.thedailybeast.com/articles/2011/08/12/rick-perry-newsweek-interview-transcript.html>].
- 14 Henry Olson, Populism, *American Style*, *National Affairs*, 2 (Sommer 2010) 4, S. 3-20 (19).